

Auslegeordnung zum Finanzdebakel

Für die Gesundheitskommission reichen 240 Millionen aus der Kantonskasse nicht, um das Problem des KSA zu lösen.

Noemi Lea Landolt

Das Kantonsspital Aarau (KSA) braucht 240 Millionen Franken aus der Kantonskasse. Ohne das Geld müsste das grösste Spital im Aargau seine Bilanz deponieren, und es würde ein Insolvenzverfahren eingeleitet. Das kann sich der Kanton, dessen Aufgabe es ist, die Gesundheitsversorgung im Aargau sicherzustellen, nicht leisten.

Der Regierungsrat ist im Moment daran, eine Kreditvorlage an den Grossen Rat zu erarbeiten. Dieser wird der Finanzspritze zustimmen müssen. «Der Grosse Rat kann am Schluss nur Ja sagen, weil sonst ein gröberes Versorgungsproblem droht», sagt Severin Lüscher (Grüne), Präsident der Gesundheitskommission. Sein Kommissionskollege Clemens Hochreuter (SVP) stimmt zu: «Wir können nicht Nein sagen. Deshalb hat auch niemand aus der Politik gefordert, das KSA zu schliessen anstatt zu retten.»

Die Gesundheitskommission hat sich am letzten Freitag über das Finanzhilfesuch informiert lassen. Dabei hätten nicht alle offenen Fragen zu den Ursachen und Dimensionen des

Finanzlochs restlos beantwortet werden können, teilt die Kommission am Montag mit.

Das KSA habe beispielsweise informiert, dass die Teuerung und Corona schuld an der finanziellen Misere seien, sagt Lüscher. «Das Fass war aber schon vorher voll.» Die Weichen seien bereits mit dem Entscheid für das teuerste von drei Neubauprojekten gestellt worden. «Natürlich können wir diesen Entscheid nicht mehr ändern», sagt Lüscher. Das Spital werde gebaut. «Aber es muss hinterfragt werden, ob der Entscheid gut und richtig war.»

Regierung soll darlegen, was schiefgelaufen ist

SVP-Grossrat Clemens Hochreuter geht weiter. Für ihn und seine Partei ist klar: Der Regierungsrat hätte gar nie «zustimmend Kenntnis» – wie es damals hiess – von einem so teuren Neubau nehmen dürfen. «Es war von Anfang an ein finanzieller Kantengang und der Businessplan zu optimistisch.»

Hochreuter präsidiert innerhalb der Gesundheitskommission die dreiköpfige Subkommission Beteiligungen, die sich regelmässig über den Geschäfts-

verlauf und die Neubauprojekte der drei kantonseigenen Spitäler informieren lässt. Die Subkommission – es ist die einzige – wurde angesichts des grossen finanziellen Risikos für den Kanton als Eigentümer ins Leben gerufen. Direkt Einfluss nehmen könne die Subkommission nicht, sagt Hochreuter. «Aber als Oberaufsicht über den Regierungsrat können wir zumindest

«Die Weichen sind bereits mit dem Entscheid für das teuerste Neubauprojekt gestellt worden.»



Severin Lüscher (Grüne)
Kommissionspräsident

sicherstellen, dass er genau hinschaut.»

Das erwartet die Gesundheitskommission auch im Hinblick auf die Kreditvorlage. Sie erwartet, dass nun alle noch offenen Fragen «gründlich und schonungslos» analysiert werden. «In der Botschaft muss der Regierungsrat auch darlegen, was schiefgelaufen ist und wie das KSA operativ, strategisch

«Die Regierung muss darlegen, was schiefgelaufen ist und wie das KSA auf Kurs kommen soll.»



Clemens Hochreuter
SVP-Gesundheitspolitiker

und finanziell wieder auf Kurs kommen soll», sagt Hochreuter.

Kommission doppelt mit Motion nach

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wird die Kommission an der ersten Grossratsitzung im neuen Jahr eine Motion einreichen. Die Kommissionsmitglieder verlangen, dass die mit dem Finanzhilfesuch angeforderten Steuergelder mit «klaren und messbaren Begleitmassnahmen» verknüpft werden. «Mit Geld allein ist das Problem nicht nachhaltig gelöst», sagt Clemens Hochreuter.

Auch Severin Lüscher sagt, nur wegen der Finanzspritze wirtschaftete das KSA nicht plötzlich besser. Es gelte, ein weiteres Finanzhilfesuch abzuwenden. Dazu müssten alle Ebenen durchleuchtet werden. Vielleicht müsse auch der Kanton über die Bücher und die Spitäler stärker für Vorhalteleistungen entschädigen, die er bestellt.

Voraussichtlich im Frühling wird der Regierungsrat die Kreditvorlage in die Anhörung schicken. Der Grosse Rat dürfte dann im Sommer 2023 definitiv über die Finanzspritze entscheiden.

Nachrichten

Mutmassliche Diebe festgenommen

Oftringen In der Nacht auf Sonntag hat die Kapo in Oftringen zwei Algerier festgenommen. Sie werden dringend verdächtigt, für Diebstähle aus parkierten Autos verantwortlich zu sein. Die Polizei hat bei den zwei Asylsuchenden fremde Portemonnaies gefunden. (az)

Bei Auseinandersetzung verletzt

Wildeggen Am Sonntagabend, 13. November ist beim Migros-Parkplatz in Wildeggen ein 51-jähriger Mann von mehreren Personen angegriffen und schwer verletzt worden. Die Staatsanwaltschaft hat eine Strafuntersuchung eröffnet. Die Kantonspolizei sucht Zeugen, welche die Auseinandersetzung vor einem Monat beobachtet haben (0628358026). (az)

Autofahrer flüchtet nach Kollision

Döttingen Am Wochenende ist auf der Aaretalstrasse in Döttingen ein Fahrzeug von der Fahrbahn abgekommen und mit zwei parkierten Autos und einem Steinblock kollidiert. Die Lenkerin oder der Lenker fuhr davon, ohne den Schaden zu melden. Die Polizei sucht Zeugen (0562001111). (az)

Der Abfallskandal von Würenlingen

Die illegalen Müllgeschäfte des Würenlinger Gemeindeführers mit der Deponie Bärengraben sorgten 1986 national für Schlagzeilen.

Fabian Furter

Alle Zeitungen berichteten darüber: «Gemeindeführer angeklagt», titelte die NZZ, von der «Affäre Bärengraben» schrieb das «Thuner Tagblatt» und der Berner «Bund» von der «Skandaldeponie». Was war geschehen?

Am 29. September 1986 wurde der langjährige Gemeindeführer von Würenlingen verhaftet. 27 Jahre war er bis dato in Amt und Würden gewesen. Nun wurden ihm Veruntreuung und illegale Müllgeschäfte im Zusammenhang mit der Deponie Bärengraben vorgeworfen, welche von der Ortsbürgergemeinde seit 1963 in einem ehemaligen Zementsteinbruch betrieben wurde.

Tatsächlich sollten die Ermittlungen ergeben, dass der Mann während 13 Jahre als Verwalter der landesweit bekannten Entsorgungsstelle mit fingierten Gebühren über drei Millionen Franken in die eigene Tasche gewirtschaftet hatte. Teile des Geldes fand die Polizei – wie in einem Sonntagskrimi – in der Umrandung des Swimmingpools im Garten des Delinquenten.

45 Liter giftiges Wasser pro Minute

Abgesehen von der kriminellen Energie des Beamten zeigte der Fall, wie nachlässig und leichtsinnig hierzulande mit schädlichen Abfällen umgegangen wurde. Der Bärengraben war die grösste Multikomponentendeponie im Aargau und eine der

grössten des Landes. Neben Hauskehricht wurden auch Sperrgut, Schlacke oder Schlämme abgelagert. Was wirklich alles in die Grube gekippt wurde, wusste niemand.

Bis 1983 gehörte auch Sondermüll dazu, angeliefert von Kunden wie der Armee oder der chemischen Industrie aus dem In- und Ausland. Erst Ende der 1980er-Jahre wurde die als unbedenklich eingestufte Geologie des Bärengrabens genauer untersucht. Das Ergebnis: 45 Liter giftiges Sickerwasser gelangten Minute für Minute in die Umwelt. Der Bärengraben musste saniert werden.

Gefängnis für Gemeindeführer

Die rund drei Millionen Kubikmeter Abfall – davon etwa 200 000 Kubikmeter Sondermüll – waren eine tickende Zeitbombe geworden. Ein gefährlicher Riesenhaufen Zivilisationsmüll von 600 mal 60 Metern. Das lukrative Geschäft wurde zum Finanzdebakel. Hatte man über die Jahre damit 12 Millionen Franken verdient, stand nun eine Sanierung von 30 Millionen ins Haus.

Würenlingen kam nicht zur Ruhe: Eine auffällige Häufung von Tumorerkrankungen in der näheren Umgebung sorgte bald für grosse Verunsicherung in der Bevölkerung. Ein örtlicher Bürgerverein verlangte 1988 vom kantonalen Gesundheitsamt entsprechende Abklärungen und im Grossen Rat wurde eine Anfrage dazu eingereicht.



Die Abfalldeponie Bärengraben 1970. Sie wurde noch bis 2010 weiter betrieben. Bild: Comet Photo AG Zürich

Das Anliegen wurde ernst genommen und die Fälle von Spezialisten des Zürcher Krebsregisters untersucht. 1989 informierte Gesundheitsminister Peter Wertli die Öffentlichkeit und bestätigte, dass die elf bekannten Erkrankungen tatsächlich überdurchschnittlich viele seien. Gleichwohl beschwichtigte er mit dem Verweis auf die Zufallshypothese. Hinweise auf umweltbedingte Gründe für diese Häufung von Hirntumoren würden fehlen. Diese Schlussfolgerung stützte eine 1991 vorgelegte Studie der Universität Zürich.

Und der Gemeindeführer? Er wurde im August 1988 zu drei Jahren Haft, einer Busse von 150 000 Franken sowie einer Amtsunfähigkeit von fünf Jahren verurteilt. Seine Einsicht und Reue wirkten sich strafmildernd aus. Der Mann bezahlte der Ortsbürgergemeinde denn auch die volle Deliktsumme von 3,1 Millionen samt Zins in der Höhe von 800 000 Franken zurück.

Eine Ironie an der Geschichte sollte indes nicht unerwähnt bleiben: Schon der Vorgänger des Millionenbetrügers im Amt des Würenlinger Gemeindeführers wurde 1959 seines Amtes enthoben und wegen Urkundenfälschung verurteilt. Und der Bärengraben? Er wurde noch bis 2010 weiter betrieben.

Und der Bärengraben? Er wurde noch bis 2010 weiter betrieben.

Das Sondermüll-Denkmal von Kölliken

Ein Jahr vor der Verhaftung nahm im Westaargau ein Debakel von weit grösserem Ausmass seinen Lauf. Im Frühjahr 1985 wurde die Sondermülldeponie Kölliken vom Gemeinderat zwangsgeschlossen, nachdem sich Berichte über Gestank und auslaufende Deponiesäfte häuften.

Zeitgeschichte im Bild

Die «Aargauer Zeitung» veröffentlicht jeweils zu Monatsbeginn in Kooperation mit «Zeitgeschichte Aargau» eine Fotografie aus der jüngsten Vergangenheit seit 1945. Die aktuelle Ausstellung im Stadtmuseum Aarau widmet sich den gleichen Themen und präsentiert den «Bilderkosmos eines halben Jahrhunderts». Mehr dazu online unter: www.zeitgeschichte-aargau.ch

Seit 1977 wurden hier eine halbe Million Tonnen problematische Abfälle entsorgt. Auf acht Betriebsjahre folgten über 30 Jahre der Nachsorge. Zunächst wurde – ähnlich wie in Würenlingen – mit Drainagen und Abfacklungsanlagen das Gift im Zaum gehalten. 2003 verfügte der Kanton schliesslich den vollständigen Rückbau der Deponie und die korrekte Entsorgung der kontaminierten Erde.

Während der Bärengraben in den nationalen Medien längst in Vergessenheit geraten war, wurde über der Sondermülldeponie von Kölliken zum Schutz der Umwelt die grösste stützenfreie Halle der Schweiz gebaut. Elf Jahre lang dauerte der eigentliche Rückbau dessen, was während acht Jahren unsachgemäss verbuddelt wurde. Kostenpunkt: 850 Millionen Franken. Die Rückbauhalle an der A1 wurde zum bekannten Mahnmal. 2019 wurde sie zerlegt.